

„Remember to resist“ zum Genozid an Roma

Europas vergessener Völkermord im rumänischen Besatzungsgebiet während des 2. Weltkriegs

Von Frank Brendle

Unser Minibus schaukelt über einen staubigen Feldweg in der süd-ukrainischen Steppe. Nach vorne erkennt man kaum mehr als die Staubwolke, die das Vorderfahrzeug aufwirbelt, das uns ins nächste Dorf leitet. An Bord ist eine bunte Truppe aus Ukrainern und Deutschen, Juden, einem christlichen Pastor, einer Romnija und ein paar Atheisten. Es ist Sommer 2015, und wir sind unterwegs im Auftrag des Bildungswerks für Friedensarbeit der Berliner DFG-VK. Unsere Mission: Erkunden, wie es um die Erinnerung an die Deportationen von Roma bestellt ist, die während des Zweiten Weltkrieges aus Rumänien hierhin, in das sogenannte Transnistrien rund um die Hafenstadt Odessa, verschleppt wurden. (*„Transnistrien“ meint hier das zwischen 1941 und 1944 rumänisch besetzte Gebiet zwischen den Flüssen Dnestr und Bug; nicht zu verwechseln mit der im Westen ebenfalls mit „Transnistrien“ transkribierten Mächtegern-Republik des von Moldau abtrünnigen „Pridnestrowje.“*) Mindestens 25000 Roma wurden deportiert, mindestens die Hälfte von ihnen ist in Transnistrien gestorben. Wir beginnen unsere Recherchen dort, wo sie gestorben sind, und reisen dann den Weg ihrer Deportation quasi zurück, über Moldau nach Rumänien.

Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gehören zu den wichtigsten Bestandteilen des Projektes, das im Wesentlichen vom Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ der EU und der Stiftung Erinnerung-Verantwortung-Zukunft (EVZ) finanziert wird. Die alten Leute haben nicht vergessen. Wir sprechen mit Roma, die deportiert wurden, und mit Rumänen, Moldauern und Ukrainern, die Zeugen waren. Wir sprechen mit Juden, die ein ähnliches Deportationsschicksal erlitten hatten.

In der Kleinstadt Beresowka hat Maksim, evangelischer (!) Pastor und unser Projektpartner vom „Planet guter Menschen“, uns mit mehreren alten Roma zusammengebracht. Sie selbst waren als einheimische Roma nicht von den Verfolgungen betroffen. Genauer gesagt: Meist nicht. Es konnte aber durchaus vorkommen, dass deutsche oder rumänische Truppen beim Vormarsch oder Rückzug auf „Zigeuner“

schoßen. Ansonsten ist die Suche nach Zeitzeugen kaum planbar. Wir fragen alte Menschen, die uns Hinweise auf andere alte Menschen geben. Wenn wir gar keine Spur haben, lassen wir uns von den Häuptern der örtlichen Roma-Community bzw. der Dorfverwaltung beraten. So klingeln wir eines Sonntags die Bürgermeisterin einer kleinen Ortschaft am Bug aus dem Haus. Der Fluss bildete damals die Grenze zwischen dem rumänisch besetzten Transnistrien und dem deutsch besetzten Reichskommissariat Ukraine. In Kittelschürze geleitet uns die Bürgermeisterin durchs Dorf, zu einer 89jährigen Ukrainerin. „Oma Nina“, so wird sie uns vorgestellt, berichtet darüber, wie es den Roma ging, die von 1942 bis 1944 in ihr Dorf gebracht worden waren. Die Leute erzählen gerne. Wir kommen ausnahmslos ohne Vorwarnung, plätzen einfach hinein in Haus und Hof, aber die Leute nehmen sich meist die Zeit, uns zu berichten.

Während die Erinnerungen von Jüdinnen und Juden häufig schriftlich dokumentiert sind und eher Eingang in die kollektive Erinnerung gefunden haben, ist der Genozid an Roma wie ein weißer Fleck auf der geschichtspolitischen Landkarte.

■ „Wir waren’s nicht!“

In Rumänien ist erst seit rund zehn Jahren anerkannt, dass das Land als Bündnispartner Nazi-Deutschlands überhaupt am Völkermord beteiligt war. Und immer noch gibt es Ewiggestrige, die behaupten, Rumänien habe damit doch gar nichts zu tun – schließlich liege Transnistrien ja außerhalb der Landesgrenzen. Auf internationalen Druck wurde 2004 die sogenannte Eli-Wiesel-Kommission zur Erforschung des Holocaust in Rumänien eingerichtet, und ein gleichnamiges Forschungsinstitut in Bukarest arbeitet nun mit staatlichen Mitteln.

In Moldau, dem damaligen rumänisch beherrschten Bessarabien, und in der Ukraine selbst ist es um die Erinnerung noch schlechter bestellt. „Gehen Sie raus und fragen Sie die Leute, was sie über den Holocaust wissen. Es wird kaum einer etwas sagen können“, sagt uns Irina Schichowa, Leiterin des jüdischen Museums in

Chişinău. In den Schulbüchern findet sich so gut wie nichts zum antisemitischen Massenmord, geschweige denn zur Deportation von Roma. Und wenn, werden die Täter häufig als von außerhalb kommend verortet. Also „Fremde“, so dass man über etwaiges Verschulden der „eigenen“ Leute nicht nachdenken muss.

In der Ukraine ist es auch nicht besser um die Erinnerung bestellt: Das Parlament hat zwar schon vor ein paar Jahren einen offiziellen Gedenktag für den Massenmord an Roma beschlossen, er wird aber praktisch nicht umgesetzt. Für die Zivilgesellschaft sei es eine wichtige Aufgabe, diese Lücke zu füllen, sagt uns Mikhaïl Tyaglyy vom Zentrum für Holocaustforschung in Kiew. Am dringlichsten sei es, die Stätten von Massenmorden zu kennzeichnen: „Erinnerung braucht konkrete Orte“.

Während es in Bukarest zwar seit 2009 ein Holocaust-Mahnmal gibt, dessen Rückseite auch an die Ermordung von Roma erinnert, fehlt es in der Ukraine an solchen „offiziellen“ Erinnerungszeichen. Wir sind in etlichen Dörfern in der Nähe des Bug, und wir wissen aus Dokumenten der rumänischen Gendarmerie: Es hat hier Ghettos für Roma gegeben. Aber wo genau, in welcher Straße – das wissen allenfalls noch die 80-90jährigen. Es wurde nie aufgeschrieben, und es wurde, merken wir, auch mündlich kaum etwas weitergegeben. „Oma Nina“ weiß es noch genau, weil Roma-Familien damals in das Haus ihrer Familie gepresst wurden (die wiederum bei Verwandten unterschlüpfen musste).

Viorel Achim, einer jener wenigen rumänischen Historiker, die sich mit der Geschichte der Roma befassen, erzählt uns in Bukarest: Roma seien in Rumänien, anders als im Deutschen Reich, in aller Regel nicht als „fremde Rasse“, sondern als „eigene“ Leute angesehen worden, die allenfalls einen anderen Lebensstil pflegten – und, was nicht unwichtig ist: bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts Sklaven waren. Erst in den 1930er Jahren hätten führende rumänische Intellektuelle und Politiker die nazideutschen Vorstellungen von „Rassenhygiene“ und „Eugenik“ aufgegriffen. Marschall Antonescu, seit Anfang 1940 unangefochtener Diktator, sah „Zigeuner“ als Gefahr für die Reinheit des rumänischen Blutes. Die Besetzung Transnistriens, des

Landstriches zwischen den Flüssen Dnestr und Bug, gab Rumänien die Gelegenheit, die unerwünschten Bevölkerungsteile loszuwerden. Im Sommer 1941 begannen zunächst die Deportationen von insgesamt 130 000 bis 145 000 Juden, von denen weit über die Hälfte in Transnistrien oder auf dem Weg dorthin starben.

Im Jahr darauf gab Antonescu die Order, die rumänischen Roma in einer Volkszählung zu erfassen und dabei zu kennzeichnen, wer als „gefährlich“ oder „sozial schädlich“ galt. Markiert wurden alle nomadisierenden Roma und von den Sesshaften jene, die beispielsweise eine Vorstrafe hatten oder die arbeitslos waren. Die Kriterien waren vage und gaben der örtlichen Gendarmerie großen Spielraum. Die Deportationen erfolgten in zwei Wellen: Im Frühjahr 1942 wurden die nicht sesshaften Roma deportiert. Sie fuhren in ihren eigenen Wagen, die ihnen in Transnistrien häufig weggenommen wurden. Damit war

in Transnistrien waren: Die einen wurden in Ställen untergebracht, andere in Hütten, die in die Erde hineingetrieben worden waren.

Manche erhielten Arbeit und ein Minimum an Lebensmitteln, die meisten aber wurden sich selbst überlassen: Sie blieben ohne Nahrung, ohne Heizmaterial. Sie hatten kaum die Möglichkeit, sich oder ihre Kleidung zu waschen. Sie tauschten, was sie besaßen, gegen Lebensmittel, bis sie nur noch hatten, was sie am Körper trugen. Typhus-Epidemien rafften Tausende dahin. Alle Überlebenden schildern, dass fast alle ihre Geschwister verhungert, erfroren oder an Typhus gestorben sind.

■ Europäische Dimension

Bei einer Reihe von Veranstaltungen wird die europäische Dimension dieses Völkermordes aufgezeigt, dessen größter Anteil zweifellos von deutscher Seite kam.

Am nationalen

Holocaust-Gedenktag Rumäniens, dem 9. Oktober, folgten an die 100 Gäste der Einladung zu Vorträgen ins Gewerkschaftshaus von Sibiu. In Berlin kamen anlässlich des Gedenktages für die NS-Opfer Ende Januar 50 Menschen zusammen. Zwar ist in Deutschland die Erinnerung an den Genozid wohl weiter verbreitet als in Osteuropa, aber dass,

wie der Historiker Martin Holler darlegte, die Einsatzgruppen der SS in der besetzten Sowjetunion auch systematische Mordaktionen gegen „Zigeuner“ durchführten, gehört wohl nicht zum Allgemeinwissen. Aus Bukarest war der Soziologe Adrian-Niku Furtuna gekommen, selbst Rom, der über die Erinnerungskultur der Roma referierte. Der Faschismus-Forscher Wolfgang Wippermann schlug den Bogen zur Gegenwart, indem er auf die rigorose, antiziganistisch aufgeladene Ablehnung von Asylsuchenden aus den Balkanstaaten hinwies.

Denn auch das gehört zum Projekt: Die Frage nach dem gegenwärtigen Le-

bensalltag von Roma und dem Fortbestehen rassistisch-antiziganistischer Ressentiments. Die Erinnerung an die Geschichte soll insofern dazu dienen, heutige Formen von Diskriminierung zu erkennen und ihnen widerstehen zu können. Daher der Projekttitel „remember to resist“.

Diskriminierung gibt es in allen Ländern reichlich. In Beresovka erzählt uns ein Rom, dass der örtliche Schuldirektor sich monatelang geweigert hat, seine Tochter einzuschulen – weil diese keine Papiere hatte. In diesem Fall setzte sich der Rom aber erfolgreich für das Recht seiner Tochter auf Bildung ein. Das ist selten genug. Unser Partner Maksim kümmert sich seit Jahren darum, die Roma bei Behördengängen zu unterstützen, damit sie zunächst einmal Personalausweise erhalten. Ärzte, erzählt er uns, versuchten häufig, den wohlhabenderen unter den Roma Medikamente oder Behandlungen zu überhöhten Preisen anzudrehen. Wer nichts hat, dem kann es dagegen passieren, dass auch im Notfall stundenlang kein Krankenwagen kommt.

In Moldau sprechen wir mit einer Rechtsanwältin, die in der staatlichen Antidiskriminierungsbehörde arbeitet. Sie schildert uns die mal mehr, mal weniger subtilen Formen der Diskriminierung, angefangen von strenger Segregation und Benachteiligung von Roma-Kindern in Schulklassen bis zur Weigerung, Roma-Familien Festräume zu vermieten. Im Prinzip kann die Behörde Strafen aussprechen – in der Praxis sei es allerdings so, erzählt die Anwältin, dass betroffene Roma sich meist vor einer Anzeige scheuen, aus Furcht vor noch ärgerer Diskriminierung.

Dazu mag kommen, dass Roma subjektiv nicht durchgehend Benachteiligung wahrnehmen. So schildern fast alle unsere Gesprächspartner in Rumänien das Verhältnis zwischen ihnen und Rumänen als komplikationslos. Dabei zeigen die Umfrageergebnisse keinen geringeren Antiziganismus als in Deutschland, und die Wohnsituation zahlreicher Roma-Familien ist auf den ersten Blick deutlich schlechter als die („ethnischer“) Rumänen.

■ Kein Raum für Erinnerung

Nahe Beresovka stehen wir eines Tages unvermittelt vor dem Haus einer „Volksdeutschen“, die zu besuchen uns geraten worden war. Sie bittet uns – acht Fremde – ohne weitere Umstände ins Haus und probt an uns ein paar Worte auf Deutsch aus. Danach gibt es einen Teller Borschtsch für alle. Rund 130 000 deutsche Siedler wohnten früher in Transnistrien. Viele schlossen sich 1941 dem „Volks-



Das Logo von „remember to resist“

auch alles weg, was sie zum Leben brauchten: Erspartes, Goldmünzen, Kleidung, der ganze Hausrat, das Obdach.

Am Ende des Sommers 1942 kamen über 13 000 für „unerwünscht“ erklärte sesshafte Roma an die Reihe. Diese Zahlen sind die offiziell bekannten, tatsächlich waren es erheblich mehr. Nur die wenigsten wurden in Häusern untergebracht. „Sie hatten uns Land und Vieh versprochen. Aber als wir ankamen, war da nichts“, erzählen uns Überlebende in einem Dorf nahe Sibiu (Hermannstadt), Rumänien. In einer Siedlung im rumänischen Galați, nahe der Donaumündung, treffen wir gleich auf mehrere Kesselflicker, die

deutschen Selbstschutz“ der SS an und verübten grausame Morde vor allem an Juden. Die Naziführung beklagte sich aber auch über den aus ihrer Sicht zu geringen rassistischen Eifer der Minderheit. Die alte Frau, die ihr eigenes Deportationsschicksal erlebt hat (nach Sibirien) schildert uns, wie sie 1941 vor ihrem Haus eine Kolonne von Juden vorbeiziehen sah. Am Rand des Dorfes wurden sie erschossen. Sie führt uns an die Stätte des Massakers, an der schlichtweg nichts ist. Vor Jahren hat sie der Gebietsverwaltung vorgeschlagen, ein Denkmal zu errichten. „Sie haben nicht einmal geantwortet“. Ihr Großvater habe damals ein jüdisches Mädchen versteckt, sagt sie. Ob er jemals von der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem als „Gerechter unter den Völkern“ anerkannt wurde, wollen wir wissen. „Ach was“, winkt sie ab, davon habe doch in der Sowjetunion niemand etwas wissen wollen. Das Spezifikum dezidiert antisemitischer bzw. anti-ziganistischer Mordaktionen wurde in der sowjetischen Geschichtspolitik stets hinter den Topos „friedlicher sowjetischer Bürger“ gestellt.

Und auch die heutige Ukraine hat ihre ganz spezielle geschichtspolitische Programmatik, da ist für das Schicksal einer kleinen, ohnehin verachteten Minderheit kein Platz, und für das Aufwerfen von Fragen nach Kollaboration schon gar nicht. Nationalistische Kräfte, die vor und während des Zweiten Weltkrieges in wechselnder Intensität mit den Nazis sympathisierten bzw. kollaborierten, erfreuen sich heute aufgrund ihrer antisowjetischen Einstellung des Rufs als Nationalhelden. Dabei ist längst nicht jeder, der etwa die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) oder deren Idolfigur Stepan Bandera verteidigt, ein Rechtsextremer. In Odessa verteidigt ein junger Jude, bei dem wir wohnen, Bandera, weil der doch „für eine freie Ukraine“ gekämpft habe. „Ja, auch frei von Juden“, entgegnet mir. Die Verwirrung ist nahezu überall greifbar. „Früher haben sie uns erzählt, Bandera sei ein Bandit, heute erzählen sie uns, er sei ein Held“, klagt eine Lehrerin in Bershada, dessen Schtetl 1941 von den Nazis zerstört worden war. Der Stand des Geschichtsbewusstseins in der Ukraine ist miserabel. Kritische Bücher über Bandera und die OUN gibt es praktisch nur auf Englisch oder Deutsch.

Was Moldau angeht, hält das Ringen um die Deutungshoheit zwischen „rumänistischen“ Großrumänien-Befürwortern, die kein schlechtes Wort über die Antonescu-Diktatur hören wollen, und „moldowanistischen“ Fraktionen bis heute an, und beide sind so sehr mit ihrer ethnischen Interpretation von Geschichte und Gegen-

wart beschäftigt, dass sich keiner für Juden und Roma interessiert.

Genauer gesagt: Fast keiner. Wir stoßen aber überall auf Ansätze einer sich entwickelnden Erinnerungspolitik. In Rumänien hat sich diese, wie schon erwähnt, nicht zuletzt unter dem Druck der EU entwickelt.

In Moldau bemüht sich Ion Dumitca, selbst Rom, im Zentrum für Ethnologie der Akademie der Wissenschaften seit Jahren um entsprechende Forschungen. Kristina Raducan fördert im Rahmen ihrer Frauenorganisation „Stimme der Romnija“ auch die Erinnerung an die Geschichte. Irina Schichowa vom Jüdischen Museum in Chisinau thematisiert in Sonderausstellungen auch die Verfolgung von Roma. Aus ihrer Sicht gibt es eine „gemeinsame Holocaust-Geschichte“ von Juden und Roma. Maksim Dschum, der Pastor aus Odessa, kam über sozialarbeiterische Tätigkeiten mit Roma-Familien dazu, sich mit ihrer Geschichte zu beschäftigen. Niko Rergo, Nachfahre deutscher Sinti, die vor 200 Jahren in die Ukraine gingen, leitet heute den Roma-Kongress des Verwaltungsbezirks Odessa und bemüht sich mit extrem magerer Förderung durch ukrainische Behörden darum, die Deportationsorte kartographisch zu erfassen.

Erinnerungsprojekt

Unser Projekt bringt diese Akteure mit den Jugendlichen zusammen und leistet für die Erinnerungsarbeit einen kleinen Beitrag. Im Frühjahr 2016 werden wir wieder kommen – mit je zwei jugendlichen Roma bzw. Sinti aus Deutschland, Rumänien, Moldau und der Ukraine werden wir Zeitzeugen begegnen, Experten interviewen, zivilgesellschaftliche Akteure treffen. Wir werden die – wenigen – Erinnerungszeichen besuchen und die Lücken der Erinnerung ausmachen, wir besichtigen die Orte, an die Roma deportiert wurden. Am Ende des Projektes wird eine Ausstellung erarbeitet, die in Berlin, Bukarest, Chisinau und Odessa gezeigt wird. Zu den Vernissagen gibt es jeweils Infoveranstaltungen, bei denen die Jugendlichen vom Projekt und den Ergebnissen berichten. Die jungen Roma sollen Akteure sein, die sich diesen Teil ihrer Geschichte selbst aneignen.

Frank Brendle ist ZivilCourage-Redakteur und aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin/Brandenburg. Weitere Informationen sind im Internet zu finden unter www.facebook.com/rememberto resist/

Trauer um Andreas Buro



Am 19. Januar starb im Alter von 87 Jahren Andreas Buro an einem schweren Krebsleiden. Der „streitbare Pazifist“, „Vater der Ostermärsche“ und „Vordenker der Friedensbewegung“ war in den 1950er Jahren Mitglied der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK), einer der Vorläuferorganisationen der DFG-VK, geworden. 1980, dem Jahr, in dem er ordentlicher Professor für internationale Politik an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main wurde, gehörte er maßgeblich zu den Gründern des Komitees für Grundrechte und Demokratie, dessen friedenspolitischer Sprecher er bis zuletzt war.

Namens der DFG-VK kondolierte Bundessprecher Thomas Carl Schwoerer der Familie Buros, seiner Lebensgefährtin und seinen Kindern, u.a. mit diesen Worten: „Ich habe Andreas am letzten 1. Dezember besucht. Er hat mir lebendig und ausführlich von euch erzählt. Seine Liebe und sein Verantwortungsgefühl für euch waren deutlich zu spüren – auch, wie sehr er sich von euch getragen fühlte.“

Als Student hatte ich das Privileg, an einem seiner Seminare teilzunehmen. Andreas war ein hervorragender und leidenschaftlicher Pädagoge. Dies war sicher einer der Gründe für sein vorbildliches Friedensengagement. Seine jahrzehntelange, kontinuierliche Arbeit im Komitee für Grundrechte und Demokratie, die hohe Qualität und Überzeugungskraft seiner unzähligen Stellungnahmen, Dossiers und Leserbriefe, sein Differenzierungsvermögen, auch seine Frustrationstoleranz werden uns immer ein großes Vorbild bleiben.

Wir werden Andreas sehr vermissen. Die Friedensbewegung betrauert einen unermesslich großen Verlust.“

Immer noch und immer wieder lesenswert sind diese Bücher des Verstorbenen:

Gewaltlos gegen Krieg. Erinnerungen eines streitbaren Pazifisten. Frankfurt am Main 2011; Totgesagte leben länger. Die Friedensbewegung. Von der Ost-West-Konfrontation zur zivilen Konfliktbearbeitung. Idstein 1999